Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: Die Perspektiven liegen nicht in einer diffusen Mitte : einfach das Nachthemd wechseln?

Autor: Daguet, André

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340487

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zeiträume, unabhängig von Konsum und motorisierter Mobilität.

Denn das ist wohl für immer klar geworden: das Reich der Freiheit und des Überflusses hat sein Gegenstück in einer zerstörten Welt. Die sozialistische Politik muss sich auf das Reich der Notwendigkeit beschränken, das allerdings mit der politischen Strategie, die Notwendigkeiten gerecht zu verteilen und die Abhängigkeiten – heute vor allem von der Konsum- und Wachstumsgesellschaft – abzubauen.

Die Perspektiven liegen nicht in einer diffusen Mitte

Einfach das Nachthemd wechseln?

Von André Daguet, Zentralsekretär der SPS

Die von der Perspektivengruppe angeregte Diskussion über die Zukunft der Sozialdemokratie ist sinnvoll und notwendig, wenn wir an die wichtigen Grundsatzfragen herangehen wollen, mit denen unsere Partei konfrontiert ist. Der gesellschaftliche Wertwandel im Postindustrialismus, der zunehmende Legitimationsverlust der traditionellen politischen Institutionen, die wachsende politische Abstinenz breiter Bevölkerungsschichten bringen in der Tat vieles in Bewegung und fordern unsere Partei enorm heraus. Zur Debatte stehen Fragen der Strategie wie z.B. die Frage der Bündnispolitik, unsere Rolle zwischen Regierungsfunktion und Parlamentsopposition, die Konkordanzfähigkeit, aber auch Fragen der innerparteilichen Organisationsstruktur, der Mitgliederbewegung, der innerparteilichen Mobilisierung und der öffentlichen Vermittlung der Politik der Partei. Ohne Zweifel hat die Perspektivengruppe mit ihrem Diskussionspapier «Perspektiven der Sozialdemokratie» einen anerkennenswerten Anstoss zur grundsätzlichen Reflexion über all diese Fragen gegeben.

Modernisierung in welche Richtung?

Und trotzdem mögen mich die Überlegungen und Thesen dieser Perspektivengruppe nach erneuter Lektüre des Diskussionspapiers und Besuch der Tagung von Ende März nicht zu befriedigen. Nicht dass es micht stört, dass ein klares Grundkonzept noch weitgehend fehlt, die Analyse verschwommen und widersprüchlich bleibt und ein gemeinsamer Nenner nur sehr schwer auszumachen ist oder allzu vieles sehr abstrakt und ungreifbar formuliert ist. Ein gemeinsamer Nenner der Perspektivengruppe ist allenfalls in der noch sehr diffus formulierten Forderung nach Modernisierung der Sozialdemokratie in Richtung einer modernen, reformistischen Partei, einer mehrheitsfähigen Mitte auszumachen. Meines Erachtens geht die Diskussion in eine falsche und politisch nicht ungefährliche Richtung.

Ein widersprüchliches Verständnis des Staates

Wenn Peter Hablützel feststellt, der Staat sei «zur teuren Reparaturequipe des Modernisierungs- und Kommerzialisierungsprozesses» geworden, mag ich dem ebenso zu folgen wie seinem Anliegen, es sei eine Abkehr von einem rein quantitativen zu einem qualitativen Wachstum des Staates anzustreben. Mehr bürgerlicher Staat führt tatsächlich nicht automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit oder zu einer besseren Umwelt. Diese These ist allerdings für die SP nicht gerade neu: Ist es nicht gerade die SPS, welche im Parlament immer wieder bürokratische Leerläufe kritisiert, die Verschleuderung von Millionen in der Rüstungsbeschaffung bemängelt, das Giesskannenprinzip im Subventionswesen bekämpft und sich für taugliche und effiziente staatliche Instrumente bei der Lösung wichtiger politischer Aufgaben, in der Sozial- wie in der Umweltpolitik, eingesetzt hat.

Das Perspektivenpapier weist ein sehr widersprüchliches Staatsverständnis aus. Auf der einen Seite werden enorme Hoffnungen und Erwartungen in die Problemlösungsfähigkeit des Staates projiziert: die Bewältigung der grossen Zukunftsfragen, z.B. im Umweltbereich, bei der Sicherung der Arbeitsplätze oder im Einsatz der neuen Technologien lassen sich nicht ohne staatliche Massnahmen lösen. Auf der anderen Seite wird vor einer Überforderung des Staates gewarnt, weil das Wachstum der staatlichen Aktivitäten «zunehmend auf Grenzen stösst (Grenzen der Steuerbelastung, Probleme der Überreglementierung, Bürokratisierungstendenzen)».

Bei der Lektüre der Perspektivenunterlagen werde ich das ungute Gefühl nicht los, hier seien unsere Genossen einer bürgerlichen Staatsideologie aufgesessen. Es stimmt, mit der

Erhöhung der Staatsquote sind die Probleme nicht automatisch weg vom Tisch, aber noch viel weniger mit einer Spar- und Abbaupolitik, wie sie von der FDP mit der «Weniger Staat»-Ideologie schon seit langem postuliert und mit der bürgerlichen Mehrheit im Parlament auch durchgesetzt wird. Wer die Frage nach der Rolle des Staates stellt, muss eben auch die Frage der Macht im bürgerlichen Staat aufwerfen. Dies zeigt sich doch deutlich, wenn es z.B. um die Finanz- und Steuerpolitik geht. Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Bankenlobby im Parlament sorgt dafür, dass trotz Supergewinnen der Schweizer Banken die stärkere Besteuerung von Bankengeschäften zu Fall gebracht wird. Und wenn ein Konsumkreditgesetz nach jahrelangem Seilziehen durch die bürgerliche Mehrheit politisch liquidiert wird, muss auch die SPS spüren, dass der Kampf nicht in einem sozialdemokratischen, sondern in einem bürgerlichen Staat stattfindet.

Immobilität der SPS?

Mit der Postulierung einer modernen, sachpolitisch orientierten und mehrheitsfähigen Partei verhehlen die Perspektivenleute nicht, dass die SPS in ihrer jetzigen Struktur und Politik einem solchen Anforderungsprofil (noch) nicht gewachsen ist. Als Gründe werden unter anderem angeführt: mangelhafte Ausschöpfung des politischen Sachverstands innerhalb der Partei, ungenügende Öffnung vor allem zur Mitte hin, überholte Dogmenbildung und Ideologisierung, schlechtes Konfliktmanagement, symbolische Überhöhung des Staates, antiquierte Rhetorik und Symbolik usw. Ich will mich zwar nicht diesen Kritiken im einzelnen verschliessen, denn der Wertwandel innerhalb der Partei ist in der Tat noch lange nicht abgeschlossen. Die Kritik hört sich aber an, als ob es keine jahrelange Programmdiskussion in der Gesamtpartei, kein neues Programm, keine Bestrebungen zur Öffnung der Partei in Richtung neue soziale Bewegungen (Frauenbewegung, Umweltbewegung und Friedensbewegung) gegeben hätte; als ob die Partei nie eine Atomausstiegsinitiative zusammen mit andern Parteien und zahlreichen Umweltorganisationen lanciert oder die Unterstützung der Kleeblattinitiativen des VCS beschlossen hätte; oder als ob die Fraktion in den eidgenössischen Räten sich nicht für die Rothenthurm-Initiative eingesetzt hätte.

Es ist unzweifelhaft, dass gerade im Themenbereich Ökonomie und Ökologie ein gewaltiger Lernprozess in der Partei bereits stattgefunden hat. Themen, die vor fünf, sechs Jahren noch zu erbitterten Debatten in den Sektionen geführt haben, gehören heute in breiten Teilen der Partei zum festen Bestand an politischem Know-how.

Öffnung darf nicht eindimensional sein

Das Diskussionspapier der Perspektivengruppe versteht unter Öffnung vor allem die Öffnung zu den technologiebedingten neuen Mittelschichten, für die ein «sozalistisches» SP-Programm zu ideologiebelastet ist. Öffnung kann und darf aber für die SP nicht bedeuten, ihre Grundlagen und Programmatik wie ein Nachthemd zu wechseln, um als «fortschrittliche» Partei der Modernisierung, frei von ideologischem Ballast, den Weg zu den neuen Mittelschichten und Kaderleuten zu öffnen. So eindimensional ist die Sozialdemokratische Partei nicht strukturiert und so reibungslos werden sich die technologiebedingten neuen Mittelschichten auch nicht an die SPS anhängen. Und umgekehrt wird das traditionelle Mitglied der Arbeiterbewegung genauso wenig im Zuge der technologischen Entwicklung für die SP von der Bildfläche verschwinden. Ich teile die Ansicht, dass die SP tatsächlich eine politische Chance hat, schon heute und in Zukunft noch vermehrt den Zugang zu einer neuen Schicht von Wählern, Stimmbürgern, Sympathisanten oder gar Mitgliedern zu finden. Um dies zu erreichen, ist es allerdings politisch wenig sinnvoll, all die Hüllen fallen zu lassen, die an das geschichtliche Fundament der Partei und der Arbeiterbewegung insgesamt erinnern könnten. Es gibt keine SP-Zukunft ohne feste Verankerung in der eigenen Geschichte. Die Partei kann auch keine Institution sein, die sich darauf beschränkt, den technischen Sachverstand zum Tragen zu bringen.

Wir brauchen kein Programm der Mitte

Die Überlegungen im Diskussionspapier der Perspektivenpapiere sind meines Erachtens richtig: Die politische Strategie unserer Partei kann und darf sich nicht darin erschöpfen, als Minderheitspartei permanent zu verlieren. Die Suche nach mehrheitsfähigen Strategien, nach tragfähigen, aber vertretbaren Verständigungslösungen ist unabdingbar. Eine solche Strategie ist allerdings für die SPS auch keine Neuerscheinung. Die Grundfrage ist vielmehr, mit welchen Inhalten, über welche Gefässe und mit welcher Strategie politische Lösungen mehrheitsfähig gemacht werden können. Mit einer SP-Politik einer liberalen, reformistischen Mitte? Sicher nicht. Diese Politik müssen wir anderen Parteien wie z.B. dem Lan-

desring oder der CVP überlassen.
Wir müssen unseren Teil zu mehrheitsfähigen Lösungen leisten, indem wir unser sozialistisches Parteiprogramm zugrunde legen. Mit dem Programm von Lugano verfügen wir über ein Instrument, mit dem wir ohne Schwierigkeiten in die 90er Jahre steigen können. Ein Programm, mit dem wir durchaus in der Lage sind, die politisch bewussteren Teile der neuen Mittelschichten, auch der technischen Intelligenz, anzusprechen. Wir haben schon heute ein grosses Mass an politischem Sachverstand anzubieten, in der Energiepolitik (Atomausstieg ist möglich), in der Umweltpolitik, in der Chemiepolitik oder in der Verkehrspolitik.
Mit den neuen Mittelschichten machen wir noch keine Politik. Uns muss es noch viel mehr gelingen, auch jene stärker werdenden Gruppen anzusprechen und zu mobilisieren, die das Vertrauen in die technische Lösbarkeit aller Probleme verloren haben und davon überzeugt sind, dass die Ökologisierung der Wirtschaft letztlich nur über eine Überwindung der kapitalistischen Industriegesellschaft erreicht werden kann.

Mehr innovative Kräfte gefordert

Kein Zweifel: Die SPS wird in den nächsten Jahren gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um wieder mehr politisches Gewicht zu erreichen. Deshalb sind grundsätzliche Diskussionen, wie sie von der Perspektivengruppe angeregt worden sind, unbedingt notwendig. Wir haben tatsächlich guten Grund, einige alte Zöpfe abzuschneiden, Staub abzuwischen, zum Teil eine neue, kommunikativere Sprache zu finden und den Zugang zur Öffentlichkeit zu verbessern. Dazu brauchen wir allerdings nicht schon wieder ein neues Programm, sondern wir müssen jetzt vor allem daran gehen, dieses Programm zu konkretisieren, inhaltlich zu füllen, entsprechende politische Strategien zu entwickeln und vor allem uns vermehrt um Fragen der Mobilisierung zu kümmern. Wir müssen mehr politischen Sachverhalt in der Partei ausschöpfen und über die engere Parteimitgliedschaft hinauskommen. Alles richtig. Das kann aber nicht heissen, eine Politik der diffusen Mitte, der verwischten Konturen, des reinen Reformismus zu formulieren und erst noch eine Absage an die sozialistische Tradition zu erteilen. Damit wäre die SPS äusserst schlecht beraten und sehr rasch zu einer politischen Marginalrolle verurteilt. Dies kann sicher nicht wünschbare Zukunftsperspektive der Sozialdemokratie sein.

Die «Arbeitsgruppe Perspektiven» kritisch beleuchtet

Nur Teflonsozialisten?

Von Tobias Kästli

Eine Genossin neben mir beklagt sich über Vorurteile: Dass sie im eigenen Bauernhaus wohne, werde ihr von bürgerlichen Kollegen zum Vorwurf gemacht: Wer so wohne und lebe wie sie, könne nicht Sozialdemokratin sein. Darüber könne sie noch hinwegsehen. Das Verrückte sei aber, dass die eigenen Genossinnen und Genossen ihr den gleichen Vorwurf machten, das gleiche bürgerliche Argument entgegenhielten. Ja, ja, sagt der Genosse ihr gegenüber, der im eigenen Reiheneinfamilienhaus wohnt, noch mancher Genosse würde gerne das Haus kaufen, in dem er wohnt. Deshalb habe Beat Kappeler schon recht, wenn er fordere, die 2. Säule sei in eine «Hypothekarbriefzentrale» umzuwandeln, die eine breitere Streuung des Wohneigentums ermögliche. Ich werfe etwas ein von genossenschaftlichen Wohnformen, weil ich selbst in einem Genossenschaftshaus wohne. Dann schweift das Gespräch ab auf «unpolitische» Bereiche. Wo sie denn in die Ferien gehe, fragt der Genosse. Ihre Augen glänzen. Sie gehe wieder tauchen – auf die Malediven. Der Genosse sagt begeistert, das wäre auch einmal sein Wunsch. Er habe jetzt gerade seinen ersten Tauchkurs absolviert.

Tauchferien auf den Malediven

Geplauder im Berner Restaurant Beaulieu am Abend des 28. März 1987. Von der Schule für Sozialarbeit, wo wir tagten, sind wir in die Beiz herübergekommen, um noch gemeinsam ein Bier zu trinken. Seit 11 Uhr morgens haben wir über Perspektiven der Sozialdemokratie diskutiert. Eingeladen hat die «Arbeitsgruppe Perspektiven», und die Notwendigkeit der Dis-